

Die Wilhelmsburger Reichsstraße wird verlegt

Groß-Demo soll

Reichsstraße blockieren

Bundesverkehrsministerium gibt grünes Licht zur Verlegung der Reichsstraße auf die Bahngleise

Nun ist es amtlich. Die Wilhelmsburger Reichsstraße wird nach Osten auf die ehemaligen Bahngleise verlegt. Das Bundesministerium für Verkehr hat grünes Licht gegeben und den Plänen des Hamburger Senats grundsätzlich zugestimmt.

Die Gegner der Verlegung wollen am Samstag, den 31. Oktober ab 12 Uhr eine Groß-Demo durchführen und die Reichsstraße für den Durchgangsverkehr blockieren.

Die Reichsstraße ist eine der am meisten befahrenen Straßen Hamburgs. Die B 4/B 75 wird nach Osten, direkt neben die Bahngleise verschoben. Der Bund und Hamburg haben sich auf eine gemeinsame Finanzierung verständigt.

Hinsichtlich der Internationalen Bauausstellung (IBA) und der Internationalen Gartenschau (IGS) befürchten die Verkehrsexperten ein Verkehrschaos. Die vierspurige Wilhelmsburger Reichsstraße schneidet den Park der Gartenschau in zwei Teile. Die "Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH" (Deges) plant schon länger im Auftrag des Senats eine neue Straße. Sollte diese bis zum Start der beiden Großveranstaltungen nicht fertig sein, könnte die jetzige Reichsstraße für die Dauer von IBA und IGS gesperrt werden.

Im Senat rechnet man aber fest damit, dass die Verlegung klappt - seit der Zustimmung des Verkehrsministeriums am 8. Oktober noch mehr als vorher. "Wir freuen uns über die Entscheidung in Berlin und werden weiter alles daran setzen, dass die neue Trasse kommt", meint der verkehrspolitische Sprecher der CDU in der Bürgerschaft, Klaus-Peter Hesse.

Hamburg soll sich an den Kosten in Höhe von 67,4 Mill. € mit 10,4 Mill. € beteiligen. Der jetzige Zustand der Reichsstraße entspricht nicht mehr



Protest auf der Brücke gegen die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße. Mehr als 250 „Engagierte Wilhelmsburger“ waren in einem Sternmarsch gekommen.

nen Aussagen zufolge sehr ernst.

Bezirksamtsleiter Schreiber ist gegen Hafenuferspange aber für Verlegung der Reichsstraße

Bezirksamtsleiter Markus Schreiber (SPD) teilt offenbar die Bedenken von Autobahn-Gegnern, eine "Hafenuferspange" im Wilhelmsburger Süden zu bauen. Er befürwortet eine ernsthafte Prüfung, ob die Trasse nicht besser über die Süderelbe geschwenkt und dann entlang der jetzigen Neuländer Straße an die A 1-Auffahrt Harburg herangeführt werden sollte. Dann würden weniger Bürger und weniger Natur geschädigt als bei der Wilhelmsburger Trasse.

Hingegen ist Schreiber mit einer Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße in Richtung Osten auf die Bahntrasse einverstanden. Damit einhergehen müsse aber ein vernünftiger und effektiver Lärmschutz für die Anwohner. Für die Entwicklung Wilhelmsburgs sei die Verlegung eine Riesenchance, weil dann in der Mitte neuer Raum für die Internationale Gartenschau 2013 und für Wohnprojekte entstünde.

SPD Harburg ist empört über Schreiber

Die Äußerungen von Mitte-Bezirksamtsleiter Markus Schreiber, eine mögliche Autobahn-Hafenuferspange über Harburger/Neuländer Gebiet zu führen, stößt bei Vorständen der Neuländer Siedlervereine und bei der Harburger SPD auf deutliche Ablehnung. Jürgen Heimat, SPD-Fraktionsvorsitzender/Bezirksversammlung ist empört. Schreiber konterkariere gemeinsame Positionen. Die SPD im Süden fordere ein Gesamt-Verkehrskonzept.

"Groß-Demo" auf der

"Die Glückskäfer"



Demonstranten wollen am kommenden Samstag die Wilhelmsburger Reichsstraße blockieren.

gung klappt - seit der Zustimmung des Verkehrsministeriums am 8. Oktober noch mehr als vorher. "Wir freuen uns über die Entscheidung in Berlin und werden weiter alles daransetzen, dass die neue Trasse kommt", meiß der verkehrspolitische Sprecher der CDU in der Bürgerschaft, Klaus-Peter Hesse.

Hamburg soll sich an den Kosten in Höhe von 67,4 Mill. € mit 10,4 Mill. € beteiligen. Der jetzige Zustand der Reichsstraße entspricht nicht mehr

nen Aussagen zufolge sehr ernst.

Bezirksamtsleiter Schreiber ist gegen Hafenuerspange aber für Verlegung der Reichsstraße

Bezirksamtsleiter Markus Schreiber (SPD) teilt offenbar die Bedenken von Autobahn-Gegnern, eine "Hafenuerspange" im Wilhelmsburger Süden zu bauen. Er befürwortet eine ernsthafte Prüfung, ob die Trasse nicht besser über die Süderelbe geschwenkt und dann entlang der jetzigen Neuländer Straße an die A 1-Auffahrt Harburg herangeführt werden sollte. Dann würden weniger Bürger und weniger Natur geschädigt als bei der Wilhelmsburger Trasse.

Hingegen ist Schreiber mit einer Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße in Richtung Osten auf die Bahntrasse einverstanden. Damit einhergehen müsse aber ein vernünftiger und effektiver Lärmschutz für die Anwohner. Für die Entwicklung Wilhelmsburgs sei die Verlegung eine Riesenchance, weil dann in der Mitte neuer Raum für die Internationale Gartenschau 2013 und für Wohnprojekte entstünde.

SPD Harburg ist empört über Schreiber

Die Äußerungen von Mitte-Bezirksamtsleiter Markus Schreiber, eine mögliche Autobahn-Hafenuerspange über Harburger/Neuländer Gebiet zu führen, stößt bei Vorständen der Neuländer Siedlervereine und bei der Harburger SPD auf deutliche Ablehnung. Jürgen Heimat, SPD-Fraktionsvorsitzender/Bezirksversammlung ist empört. Schreiber konterkariere gemeinsame Positionen. Die SPD im Süden fordere ein Gesamt-Verkehrskonzept.

"Groß-Demo" auf der Wilhelmsburger Reichsstraße

Fortsetzung Seite 11

"Die Glückskäfer"



Pflegen zu Hause

Horner Landstrasse 212 • 22111 Hamburg
Telefon: 040/6502106 • Fax: 040/6502906

Zinshaus/Mehrfamilienhaus/ Stadthaus gesucht

Zustand auch gerne sanierungsbedürftig -
ab sofort oder auch später -gerne Wilhelmsburg
oder andere -Leibrente auch möglich.

500 € Prämie
nach erfolgreichem Abschluß

040/ 344 544 oder 0177/ 2060025.



Demonstranten wollen am kommenden Samstag die Wilhelmsburger Reichsstraße blockieren.

den Anforderungen an eine Bundesstraße. Anstatt einer Grunderneuerung will das Bundesverkehrsministerium eine "Bündelung der Verkehrswege erreichen."

In Wilhelmsburg stoßen die Pläne auf unerwartet starke Kritik. Nicht nur die linke Szene im Verein Elbinsel Wilhelmsburg, auch die Kirchdorfer Eigenheimer wollen "keine neue Autobahn im Stadtteil" und protestieren seit Monaten gegen die Verlegung der Reichsstraße und vor allem gegen den Bau der Hafenuerspange, der die A1 mit der A7 verbinden soll. Der Protest bündelt sich in den sog. "Engagierten Wilhelmsburgern." Der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Metin Hakverdi befürchtet, dass die Lärmbelastung für die unmittelbar an der Bahntrasse wohnenden Bürger durch die Verlegung der Reichsstraße weiter steigen werde. Er fordert ein umfassendes Verkehrskonzept für die Elbinsel. Stadtentwicklungssenatorin Hajduk (GAL) hat Lärmschutzmaßnahmen versprochen. Der sei für die weiteren Planungen von zentraler Bedeutung. Hajduk will die Lärmbelastigungen sogar deutlich reduzieren.

Die "Engagierten Wilhelmsburger" protestierten kürzlich erneut gegen die bestehenden und geplanten Verkehrsachsen. Seit Monaten veranstalten sie Sternmärsche, um die Vorhaben des Senats zu verhindern. Das Bundesverkehrsministerium nimmt die Proteste der Bürger eige-

Fortsetzung von Seite 1

Groß-Demo: Wilhelmsburger Reichsstraße soll blockiert werden

Am Samstag, den 31.10. ab 12 Uhr haben die Gegner einer Verlegung der Reichsstraße und dem Bau der "Hafenuerspange" zu einer "Groß-Demo" auf der Wilhelmsburger Reichsstraße aufgerufen. Treffpunkt der Demonstration unter dem Motto "Keine Autobahn durch unsere Mitte" ist die Ab- und Auffahrt Wilhelmsburg-Süd. Die Demonstration soll dann auf der B 4/75 stattfinden - die Organisatoren sprechen von einem "High Noon" auf der Wilhelmsburger Reichsstraße. Damit wollen die Demonstranten zum ersten Mal die Schnellstraße blockieren.

Die Organisatoren der Demonstration sind der Auffassung, dass "die Senatorin einseitig Tatsachen schafft und faktisch den Dialog beendet". Sie sehen das laufende so genannte "Beteiligungsverfahren" als "Farce" an: "Entschieden werde woanders. An Kooperationen sei in diesem Beteiligungsverfahren zu keinem Zeitpunkt gedacht worden. Die Organisatoren fordern, dass auch der Rückbau der Reichsstraße zu einem "Boulevard" statt dem "Ausbau zu einer autobahnähnlichen Fernstraße und Verlegung an die Bahn" geprüft werden solle.